

Juden und die DDR

I. Nach dem [Josef Stalin](#) 1953 starb, nahm der offene [Antisemitismus](#) in der DDR merklich ab. Die mittlerweile geschrumpften Gemeinden erhielten Gelder, um Synagogen zu erneuern oder Einrichtungen wie Altersheime oder eine koschere Metzgerei zu unterhalten. Seit 1961 hatten die jüdischen Gemeinden auch eine eigene Zeitschrift, das „Nachrichtenblatt“. Juden blieben eine Minderheit von hoher politischer Bedeutung. Immer wieder gab es Reibungen zwischen dem Staat und den jüdischen Gemeinden.

II. Mit den Jahren haben sich einige Juden in der DDR zwischen den verschiedenen Interessen von Partei, Staatssekretariat für Kirchenfragen und [Staatssicherheit](#) eigene Freiräume geschaffen. Immer wieder gab es Konfrontationen mit den Staatsorganen. Die Auseinandersetzungen hatten meist mit der Entschädigungsfrage zu tun. Die DDR-Regierung hatte immer eine finanzielle Verantwortung für die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus abgelehnt. So sollten beispielsweise 1973 die jüdischen Gemeinden eine Erklärung verfassen, dass sie von Entschädigungsansprüchen zurücktreten und diese als rechtlich unbegründet sogar verurteilen sollten.

III. Trotz allem gab es auch Juden in der DDR, die vom [Sozialismus](#) und der DDR-Regierung überzeugt waren und wie viele Nichtjuden zum Teil des Staatsapparates wurden. Insbesondere die erste Generation von Juden in der DDR war distanziert vom religiösen Judentum. Politische Fragen waren wichtiger geworden. Anders war es in der nachfolgenden Generation, die sich in ihren Jugendjahren mehr und mehr mit ihrem „Jüdischsein“ auseinandersetzte.